

Neue Idee: Seniorentreff

Für die Nutzung des Feuerwehrgerätehauses am Annaplatz gibt es jetzt einen weiteren Anlauf

Von Jelka Louisa Beule

FREIBURG-WIEHRE. Neuer Anlauf für eine neue Nutzung: Im ehemaligen Feuerwehrgerätehaus am Annaplatz im Stadtteil Wiehre sowie in dessen Hinterhof ist nun eine Seniorenbegegnungsstätte geplant sowie Platz für bürgerschaftliches Engagement. Der gemeinderätliche Haupt- und Finanzausschuss soll das Vermarktungskonzept in seiner heutigen Sitzung beschließen. Die Stadtverwaltung bringt als Investor die Stiftung von Volker Homann ins Spiel, Vorstand des Bauunternehmens Treubau.

Zuletzt stand das Ex-Feuerwehrgerätehaus vor drei Jahren auf der Tagesordnung des Ausschusses, mit überraschendem Ausgang. Statt – nach zwei gescheiterten Versuchen – erneut eine Ausschreibung für ein zusätzliches Wohngebäude im Hinterhof zu beschließen, beauftragte die Stadträtinnen und Stadträte die Verwaltung, ein Alternativkonzept zu prüfen, das der Bürgerverein Mittel- und Unterwiehre ins Gespräch gebracht hatte (die BZ berichtete).

Das markante und unter Denkmalschutz stehende Jugendstilgebäude ge-

hört der Stadt Freiburg. Die oberen Etagen sind als Wohnungen vermietet, daran soll sich nichts ändern. Im Erdgeschoss verbirgt sich hinter drei großen blauen Toren eine private Oldtimergarage. Für diese Räumlichkeiten schlug der Bürgerverein 2018 eine Kombilösung vor: Angebote für Senioren tagsüber, abends Platz für Veranstaltungen von Vereinen und Gruppen.

Dies hält die Stadtverwaltung für machbar – und hat ein entsprechendes Vermarktungskonzept erarbeitet, das auch das Hinterhofgrundstück umfasst. Dieses soll nicht mehr verkauft, sondern in Erbpacht vergeben werden. Angedacht ist ein Anbau mit zwei Etagen – als Teil der Begegnungsstätte.

Investor steht noch nicht fest

Die Stadtverwaltung verweist im Informationspapier für den heute stattfindenden Haupt- und Finanzausschuss auch schon auf einen möglichen Investor: die Volker-Homann-Stiftung. Diese habe Interesse, ein Projekt im Bereich Altenhilfe zu verwirklichen. Das Rathaus gehe davon aus, dass sich die Stiftung in einem Aus-

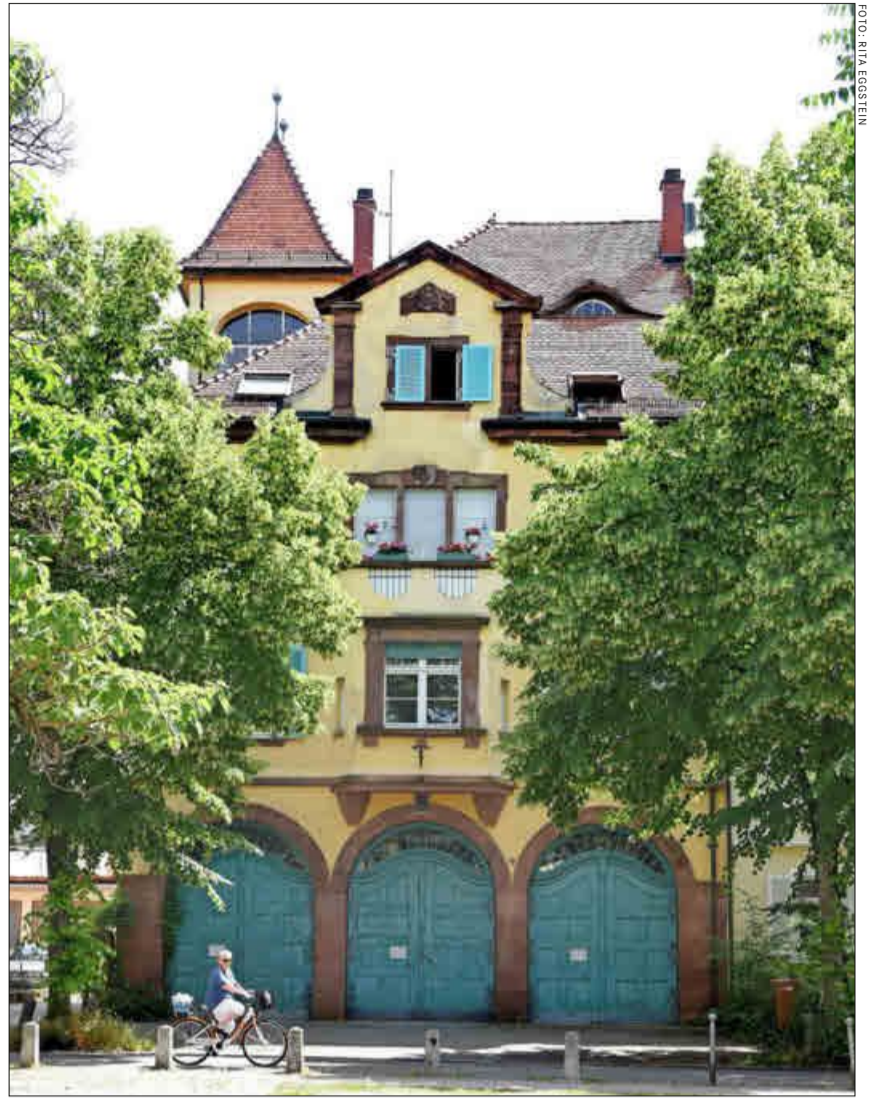
schreibungsverfahren bewerben wird, heißt es weiter.

Das bestätigt Vorstand Volker Homann gegenüber der BZ. Die Stiftung wolle mit einem Betreiber zusammenarbeiten und mit diesem noch ein genaueres Konzept erarbeiten.

Das Engagement der Stiftung hatte 2017 beim Bau einer Kita an der Lorettostraße in unmittelbarer Nachbarschaft zum Annaplatz für Aufrühr gesorgt – wegen der Nähe zum Bauunternehmen Treubau.

Ein ähnliches „Geschmäckle“ habe nun auch der offenbar angestrebte Deal am Feuerwehrgerätehaus, meint Uwe Kleiner von der Immobilienfirma Bau-Union. Er hatte sich – allerdings als Privatmann – um die Hinterhofbebauung beworben und will nun auch die neuen Ausschreibungsunterlagen prüfen. Keinesfalls stehe der Investor bereits fest, betont Rathaussprecher Toni Klein: Es gebe ein korrektes Vergabeverfahren.

Der Bürgerverein Mittel- und Unterwiehre freut sich über die neue Entwicklung, wie der Vorstand auf BZ-Anfrage sagte. Er sei vor allem froh, so Loretta Lorenz vom Vorstandsteam, dass statt des Wohngebäudes im Hinterhof nun ein „sensibler, zweckgebundener Anschluss“ an das Bestandsgebäude geplant sei.



Ein Schmuckstück: das ehemalige Feuerwehrgerätehaus



Gedenken an Wolfgang Gaber

Ein würdiger Abschied

Requiem für Wolfgang Gaber

Von Joachim Röderer

FREIBURG-ALTSTADT. Freiburg hat am Freitagabend mit einem Requiem im Münster Abschied genommen vom beliebten Alt-Dompfarrer Wolfgang Gaber. Es gab Musik vom Ave Maria bis zu einem bewegenden „Yesterday“ von den Beatles. Weihbischof Peter Birkhofer erinnerte mit sehr persönlichen Worten an den Verstorbenen: „Seit dem 10. Juni wird im Himmel mehr gesungen und gelacht.“

An jenem Tag war 73-jährige Seelsorger in seiner Kurpfälzer Heimat an den Folgen einer Bauchspeicheldrüsenkrebs-erkrankung gestorben. In Ostersheim wird er heute auch beigezsetzt. Zu seinem Requiem waren im Münster alle nach den Corona-Vorgaben erlaubten Plätze belegt. „Das inkarnierte Halleluja“, so hatte einst der Herdermer Pfarrer Kern seinen damaligen Kaplan Wolfgang Gaber bezeichnet. Ein passendes Zitat, fand Peter Birkhofer. Im damals noch jungen Quartier Landwasser habe Wolfgang Gaber bei seiner ersten Pfarrstelle in den Stadtteil hineingewirkt. Danach wurde er Pfarrer und Dekan in Schwetzingen, 2011 kehrte er als Dompfarrer nach Freiburg zurück. Im Ruhestand wirkte er als Spiritual am Lioba-Kloster in Günterstal. „Humor, Offenheit, Atmosphäre schaffen“, das sei seine Art gewesen, so Birkhofer. „Komm, wir essen nachher zusammen noch ein Wurstsalat“, war ein häufiger Satz von ihm. Wolfgang Gaber sei immer bei den Menschen gewesen, für jeden habe er ein gutes Wort und ein Lächeln gehabt. Unerschütterlicher Optimismus und Glaubenskraft hätten ihn geprägt.

Roma-Büro und Rathaus kritisieren sich gegenseitig

Diskussion über Diskriminierungsbericht / Community fühlt sich vielfach benachteiligt / Amt bemängelt Fehler und sagt Teilnahme ab

Von Manuel Fritsch

FREIBURG-WEINGARTEN. Das Roma-Büro und der Sinti-Verein haben am Freitagabend zu einer Diskussion ihres Diskriminierungsberichtes 2021 nach Weingarten eingeladen. Vor dem maronen Haus Weingarten trafen sich gut 30 Interessierte aus dem Quartier sowie von Polizei, Migrantenbeirat und anderen Organisationen. Bei der Veranstaltung wurde auch der Sinti-Verein offiziell vorgestellt, der in diesem Jahr gegründet wurde. „Wir sind bislang oft nicht als Minderheit wahrgenommen worden“, erklärte der Vorsitzende des Vereins Daniel Kobi. „Das hat sich nun durch den Verein geändert.“ Durch diesen gebe es die Möglichkeit, als Sinti-Community zu sprechen.

In dieser herrsche die Angst vor, dass ihnen ihre „Sitten und Gebräuche“ und auch ihre Wohnungen am Ahornweg

weggenommen werden könnten. Auch einen stärker werdenden Rassismus bekomme die Community zu spüren, sagte Co-Vorstand Andreas Reinhardt.

Viel diskutiert wurde die Frage nach einer weiterführenden Schule in Weingarten. Die Soziologin Uta Meier-Gräwe hat Daten der Stadtverwaltung ausgewertet und sieht einen enormen Mangel an Angeboten in Weingarten. Das betreffe Angebote für kleine Kinder genauso wie eine weiterführende Schule. Sie wünsche sich daher eine Schule als „Leuchtturmprojekt“ in dem Stadtteil. Grünen-Stadträtin Annabelle Kalkreuth verwies darauf, dass in Weingarten schon viel investiert werde. „Mit der Adolf-Reichwein-Schule gibt es hier zum Beispiel ein Bildungshaus, das in Freiburg seinesgleichen sucht“, sagte sie – kam damit aber bei Vielen nicht an.

Auffällig und viel diskutiert war die Unzufriedenheit mit der Zusammenarbeit

zwischen Roma und Sinti einerseits und dem Amt für Migration und Integration (AMI) andererseits. Dieses hatte die Einladung zum Podium ausgeschlagen. Grund: Der vorliegende Diskriminierungsbericht enthalte zahlreiche falsche Darstellungen, die das Amt lieber vorab in einer nicht-öffentlichen Runde diskutiert hätte, was allerdings nicht zustande kam. Ein Mailwechsel, in dem das Amt exemplarisch einige Fälle aufzählt, die es für falsch dargestellt hält, liegt der BZ vor. Roma-Büroleiter Tomas Wald weist die Kritik zurück und beharrt darauf, dass die Darstellung in seinem Bericht korrekt sei. Dabei geht es um Anträge auf Fördermittel, Wohnraumprobleme von Familien und als ungerecht empfundene Gebühren für Unterkünfte.

Ohne nun die Fälle im Einzelnen bewerten zu können, verweist der Streit über die Veranstaltung und den Bericht auf ein grundlegendes Problem im Ver-

hältnis der Roma und Sinti mit dem Amt. Die Community beklagt, dass die städtischen Stellen nicht auf Augenhöhe mit ihnen sprächen. Absprachen und Zusagen würden immer nur mündlich getroffen, schriftliche Zusagen gebe es nie. „Wir haben keine Papiere für die Unterlagen, wie man so schön sagt“, sagte Reinhardt. „Wir kriegen es einfach nicht zustande, mit dem AMI eine Geschäftsgrundlage zu etablieren“, ergänzte Wald. Er vermisse die Akzeptanz dafür, dass die Community ein eigener zivilgesellschaftlicher Akteur sei. „Das Amt dagegen behandelt uns, als seien wir ein Teil von ihm“, so Wald.

„Es gibt viel Ärger zwischen Sinti und Roma und dem Amt für Migration und Integration“, erklärte auch Claire Désenfant vom Migrantenbeirat. Es bräuchte einen Dialog, um diesen Ärger aus der Welt zu schaffen. „Wenn wir als Migrantenbeirat helfen können, diesen Dialog zu führen, stehen wir gerne dazu bereit.“

Jüdisches Leben in Freiburg - unter Polizeischutz

Mit einer großen Veranstaltung setzte die Israelitische Gemeinde ein Signal für Frieden in Israel und gegen Antisemitismus

Von Anja Bochtler

FREIBURG-INNENSTADT. Es war ein Mammutprogramm trotz großer Hitze – und ein klares Signal am passenden Ort: Bei der Veranstaltung „Für jüdisches Leben in Deutschland, für Frieden in Israel, gegen Antisemitismus“ der Israelitischen Gemeinde sprachen am Freitagabend auf dem Platz der Alten Synagoge zwei Stunden lang 13 sehr unterschiedliche Rednerinnen und Redner. Teilweise hörten rund 120 Menschen zu.

Am Theater parken Polizeiautos, vor dem Kollegiengebäude II der Universität stehen Polizisten: Solche Bilder gehören bei jüdischen Veranstaltungen in Deutschland inzwischen zum Alltag – 76 Jahre nach dem Holocaust. Und trotz Polizeipräsenz verläuft die Veranstaltung nicht ganz ohne Zwischenfälle. Als Abdelhakim Ourghi spricht, der Leiter des Fachbereichs Islamische Theologie an der Pädagogischen Hochschule, gibt es Zwischenrufe von einem jungen Mann, der weggeführt wird. Ourghi stammt aus Algerien, dort sei er „mit Hass auf die Juden

und auf Israel“ sozialisiert worden. Seine Forderung ist klar: Muslime sollten ihre eigene Geschichte und den Umgang damit hinterfragen.

Die Einladung der Israelitischen Gemeinde habe ihn sehr berührt, sagt Ourghi. Seine Rede sei sein erster Auftritt bei der Gemeinde. Er passt in diese Zeiten, in denen in Deutschland „zunehmend muslimischer und heimischer Antisemitismus aufeinandertreffen“, wie es Irina Katz, Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde, ausdrückt. Das gilt besonders auf dem Platz der Alten Synagoge, wo seit Monaten Kundgebungen der Gruppe „Palästina spricht“ gegen Israel als auch der an antisemitische Muster anknüpfenden „Querdenker“ stattfanden. Dazu kommt das respektlose Verhalten von vielen rund um den Brunnen im Umriss der 1938 zerstörten Synagoge: Mit einer „würdevollen Gedenkstätte“ habe dieser Ort speziell an Wochenenden nicht mehr viel zu tun, kritisierte der Historiker Heinrich Schwendemann.



Das Trio Folkadu spielte.

FOTO: RITA EGGSTEIN

Irina Katz greift deshalb eine Idee von Michael Blume, dem Landesbeauftragten gegen Antisemitismus, auf: Ein interreligiöses Haus könnte die „profane Nutzung“ des Platzes verhindern. Dann wäre auch die Forderung der ersten jüdischen Gemeinde in Freiburg nach dem Kriegsende erfüllt, die 1948 nur unter der Bedingung, die Würde des Platzes zu achten, auf ihre früheren Grundstücke verzichtet habe. Dass das Gedenken einen Platz mitten in der Stadt gefunden hat, sei

aber auf jeden Fall gut und wichtig, betont Michael Blume. Er erzählt, dass er vor einiger Zeit die Diskussionen in Ulm begleitet habe, wo es um die Frage ging, wo die neue Synagoge gebaut werden soll. Zum Glück sei sie nicht an den Rand „abgeschoben“ worden. Das trug seiner Einschätzung nach dazu bei, dass die für alle sichtbare Gemeinde neulich nach dem Brandanschlag auf die Synagoge sofort viel Unterstützung erhalten habe.

Dass Juden aber in Deutschland überhaupt wieder um ihre Sicherheit fürchten müssten, ist Thema in vielen Reden. Oberbürgermeister Martin Horn sagt, es sei „erschreckend und beschämend“, dass Juden sich die Frage stellen müssten, ob jüdisches Leben in Deutschland noch erwünscht sei. Zur Erinnerung: Nathan Rosenberger, Vorsitzender der ersten jüdischen Gemeinde in Freiburg nach dem Holocaust, hatte 1948 auf ein öffentliches Gedenken an die Novemberpogrome verzichtet. Er befürchtete, das könnte auf Abwehr stoßen.